

Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen

21.02.2018

Recherche - Ergebnisse der AG Einfach Wohnen im Rahmen der Kampagne „Wohnungen und Würde für Wohnungslose“

**200 bis 300 Wohnungen mit Mindeststandards!
- Kauf oder Bau durch die Stadt, dezentral -**

Wir fordern bezahlbare, leistbare Wohnungen für alle Menschen in unserer Stadt!

Besonders aufmerksam machen wollen wir auf die Situation von wohnungslosen und obdachlosen Menschen! Wir wünschen uns, dass die Kommune endlich ihre Verantwortung wahrnimmt und einfachen Wohnraum für Menschen schafft, die aus unterschiedlichsten Gründen auf dem freien Wohnungsmarkt besondere Schwierigkeiten haben, eine Wohnung zu finden.

Die politisch Verantwortlichen müssen den Bedarf an einfachen Wohnungen für ca. 300 Einzelpersonen und für Familien in schwierigen Lebenslagen in Bremen anerkennen!

Der Bedarf an Einfach-Wohnungen ist NICHT auf Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf beschränkt. Es gehören auch Menschen und Familien mit niedrigem Verdienst dazu – oder Menschen, die zum Beispiel durch Niedriglohn, Schicksalsschläge wie Tod oder Trennungen aus ihrem bisherigen Wohnumfeld gerissen werden. Die erhöhten Betreuungsbedarfe, körperliche und soziale Verwahrlosung entstehen häufig erst durch den Verlust bisheriger sozialer und Arbeits-Bezüge und vor allem dem Verlust der Wohnung als elementarstem Faktor. Keines der genannten Probleme wird durch die Vertreibung der Wohnungslosen (Sofa – Hopper) und Obdachlosen gelöst.

Die Schaffung von Einfach-Wohnungen ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe!

Forderungen an kommunale Politik und Behörden:

- In Bebauungsplänen müssen geeignete Flächen für Einfach-Wohnungen ausgewiesen werden.
- Es sollten auch kommunale Flächen für alternative Wohnformen freigegeben bzw. bereitgestellt werden: für Bauwagen-Gemeinschaften, Wohnnutzung in Parzellengebieten – als Dauer- oder Übergangslösung (bei zeitweiligem Leerstand) für Wohnungslose, Studierende, Geflüchtete und auch Familien.
- Eine enge Zusammenarbeit der Ressorts Bau, Soziales und Gesundheit ist erforderlich.
- Der Bau bzw. Kauf von Einfach-Wohnungen muss in kommunaler Hand liegen.
- Ziel der Planung muss sein, auch Menschen am Rande der Gesellschaft ein dauerhaftes Zuhause bieten zu können – Sicherheit und das Gefühl, zu Hause zu sein, sind elementare Voraussetzungen für einen Neustart in ein geregeltes Leben. Im Althochdeutsch steht das Wort „wônen“ übrigens für „zufrieden sein“, „bleiben“. So sollte es auch heute sein, um jedem einen guten Start ins Leben zu ermöglichen.
- Die Einheiten sollten möglichst kleinteilig sein. Eine „Ghettobildung“ ist zu vermeiden.

Was sind Einfach-Wohnungen:

Einfach-Wohnungen sollten mehr sein als ein Dach über dem Kopf – sie müssen aber nicht alle heutigen Standards für „Normal-Wohnungen“ erfüllen. Grundsätzlich gilt: die Wohnungen müssen beheizbar, trocken und sicher sein, dichte Fenster, ordentliche Fußböden und ein dichtes und einfach gedämmtes Dach haben! Sie müssen mit einem Strom- und Wasseranschluss sowie einer Kochgelegenheit, Bad und Toilette ausgestattet sein!

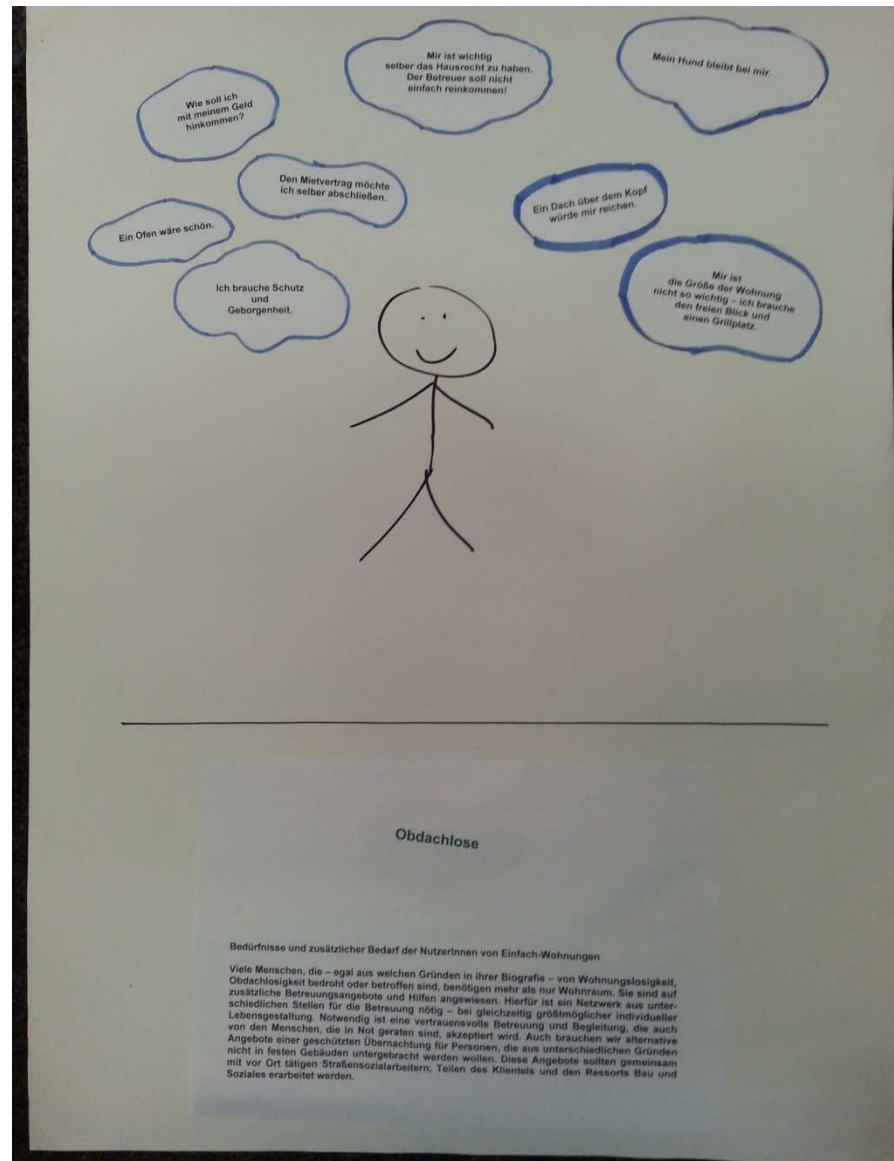
Sie sollten unterschiedliche Bedürfnisse erfüllen können:

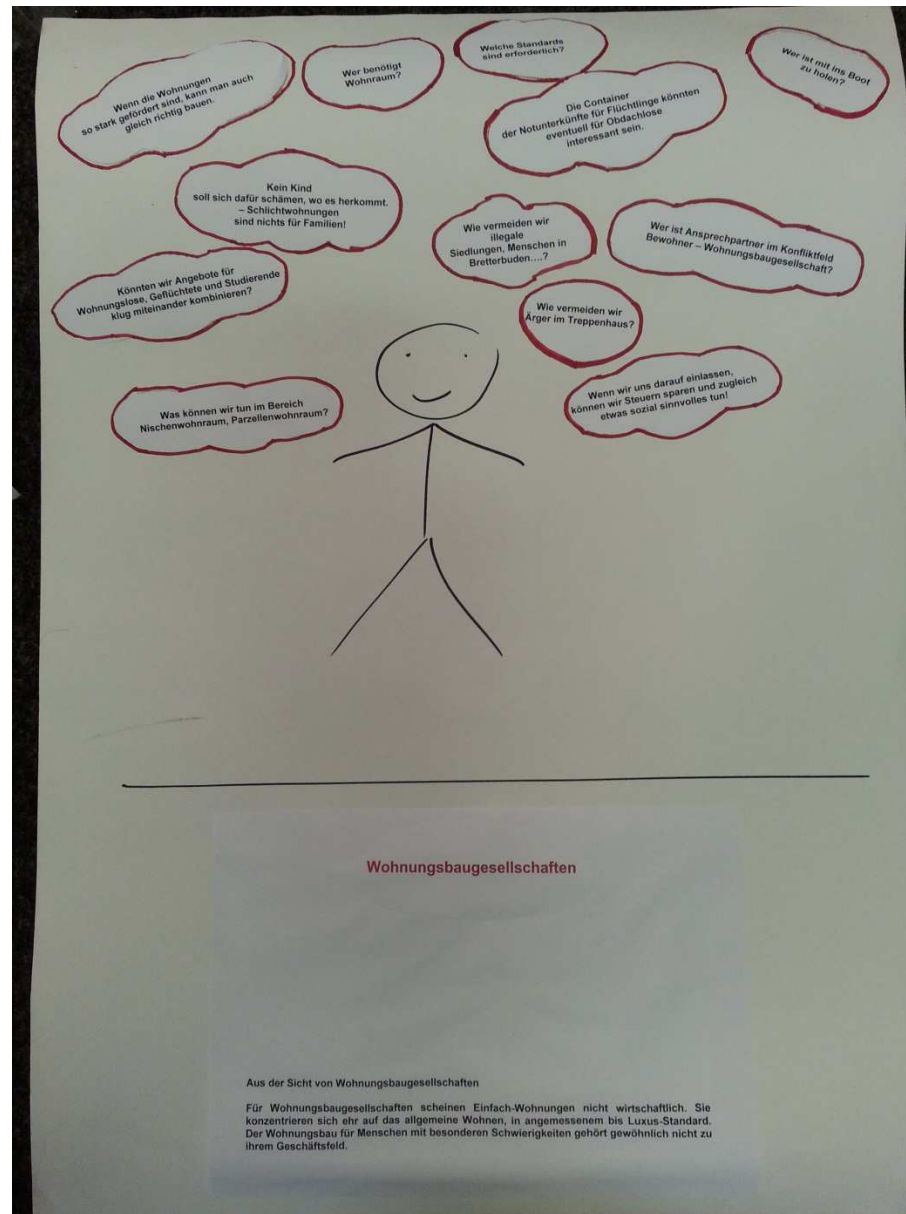
- Individueller Zugang zur Wohnung sollte möglich sein, ohne Treppenhäuser zu teilen – Beispiel Holsteiner Straße 165-205a!
- Kleine abgeschlossene Wohnungen sollten durch gemeinschaftlich nutzbare Bereiche ergänzt werden – im Gebäude und draußen! Zum einen ganz praktisch gedacht: Fahrradabstellplätze, Räume zum Waschen und Trocknen von Wäsche, Lagerräume, zum anderen sind Orte für Begegnungen drinnen und draußen wichtig, Bänke, Grillplätze, Spielmöglichkeiten für Kinder.
- Individuelle Lebensführung muss möglich sein: Haustiere sollten erlaubt sein!
- Unter dem Gesichtspunkt von Selbstversorgung und Eigenverantwortung erscheinen auch kleinere Flächen zum Obst- und Gemüseanbau sinnvoll.
- Die Einfach-Wohnungen sollten gut in die Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur eingebunden sein, das heißt Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, aber auch Kita und Schulen sollten bei Bedarf zu Fuß gut erreichbar sein.
- Eine Begleitung durch einen Concierge-Dienst, die bei Bedarf durch ambulante Betreuungsangebote der Sozialarbeit ergänzt werden kann, wäre hilfreich.

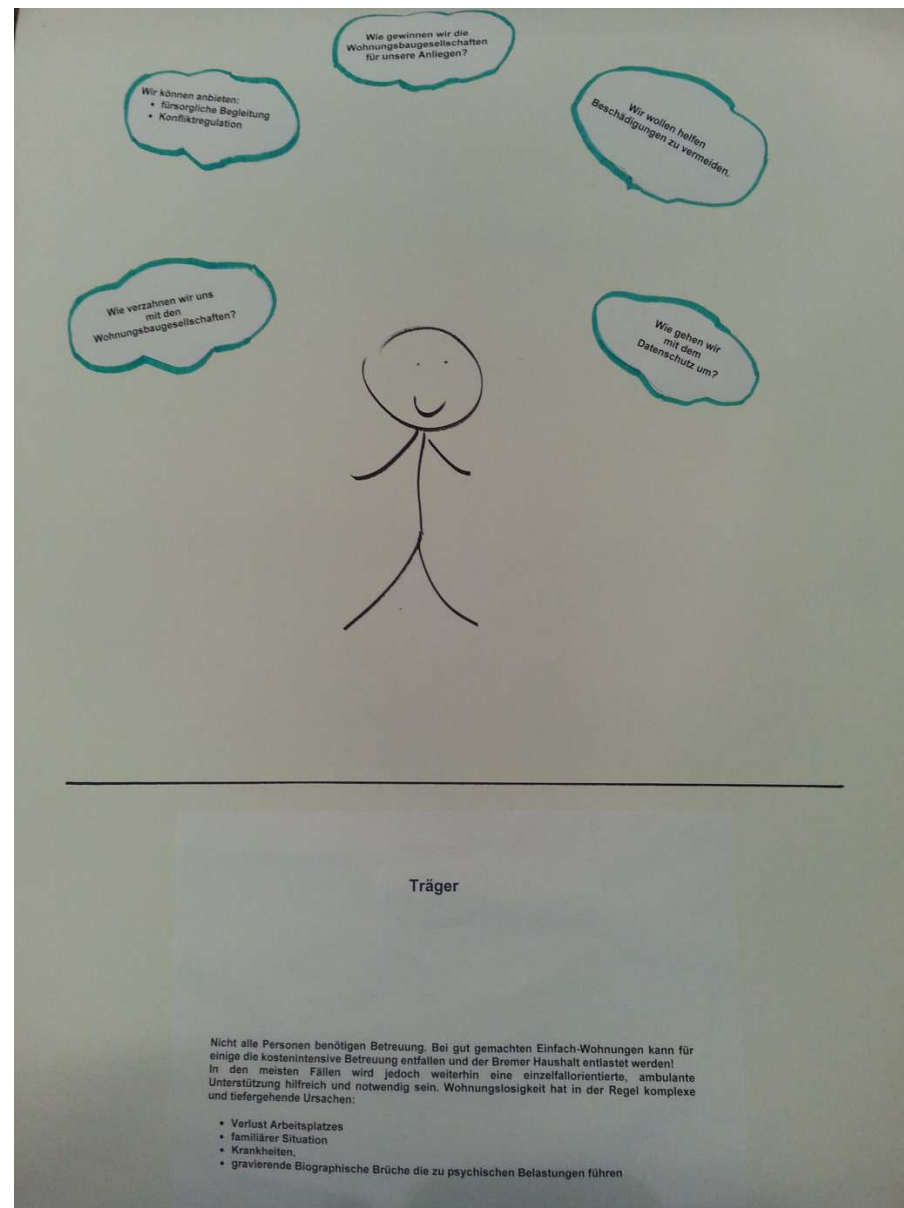
Anhänge:

Seiten:

- 5-7 Kopien der Plakate
- 8-10 Text aus den Sprechblasen mit jeweiligem Begleittext
- 11-23 Vorstudien der AG Einfach Wohnen
- 18-22 Zeitungsbericht der Taz zu „Housing First“
- 23 Link zur Broschüre Einfach Wohnen







Texte aus den Sprechblasen mit jeweiligem Begleittext:

Wohnungs- und Obdachlose wünschen sich:

- Mir ist wichtig selber das Hausrecht zu haben. Der Betreuer soll nicht einfach reinkommen!
- Den Mietvertrag möchte ich selber abschließen!
- Ein Ofen wäre schön!
- Ich brauche Schutz!
- Ich wünsche mir Geborgenheit!
- Mein Hund bleibt mir!
- Mir ist die Größe der Wohnung nicht so wichtig – ich brauche einen freien Blick und einen Grillplatz draußen!
- Wie soll ich mit meinem Geld hinkommen?
- Ein Dach über dem Kopf würde mir reichen!

Bedürfnisse und zusätzlicher Bedarf der NutzerInnen von Einfach-Wohnungen!

Viele Menschen, die – egal aus welchen Gründen in ihrer Biografie – von Wohnungslosigkeit, Obdachlosigkeit bedroht oder betroffen sind, benötigen mehr als nur Wohnraum. Sie sind auf zusätzliche Betreuungsangebote und Hilfen angewiesen. Hierfür ist ein Netzwerk aus unterschiedlichen Stellen für die Betreuung nötig – bei gleichzeitig größtmöglicher individueller Lebensgestaltung. Notwendig ist eine vertrauensvolle Betreuung und Begleitung, die auch von den Menschen, die in Not geraten sind, akzeptiert wird. Auch brauchen wir alternative Angebote einer geschützten Übernachtung für Personen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in festen Gebäuden untergebracht werden wollen. Diese Angebote sollten gemeinsam mit vor Ort tätigen Straßensozialarbeitern, Teilen des Klientels und den Ressorts Bau und Soziales erarbeitet werden.

Mögliche Fragen und Bedenken der Wohnungsbaugesellschaften:

- Wer benötigt Wohnraum?
- Welche Standards sind erforderlich?
- Wer ist mit ins Boot zu holen?
- Wie vermeiden wir illegalen Siedlungen, Menschen in Bretterbuden...?
- Kein Kind soll sich schämen wo es herkommt. Wenn die Wohnungen so stark gefördert sind, kann man auch gleich richtig bauen. – Schlichtwohnungen sind nichts für Familien!
- Die Container der Notunterkünfte für Flüchtlinge könnten eventuell für Obdachlose interessant sein.
- Können wir Angebote für Wohnungslosen, Geflüchtete und Studierenden klug miteinander kombinieren?
- Was können wir tun im Bereich Nischenwohnraum und Parzellenwohnraum?
- Wer ist Ansprechpartner im Konfliktfeld Bewohner Wohnungsbaugesellschaft?
- Wenn wir uns darauf einlassen können wir Steuern sparen und zugleich was Sozial sinnvolles tun!
- Wie vermeiden wir Ärger im Treppenhaus?

Aus der Sicht von Wohnungsbaugesellschaften

Für Wohnungsbaugesellschaften scheinen Einfach-Wohnungen nicht wirtschaftlich. Sie konzentrieren sich eher auf das allgemeine Wohnen, in angemessenem bis Luxus-Standard. Der Wohnungsbau für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten gehört gewöhnlich nicht zu ihrem Geschäftsfeld.

Mögliche Fragen von freien Trägern und Sozialarbeitern:

- Wir können:
 - fürsorgliche Begleitung und
 - Konfliktregulation anbieten.
- Wir wollen helfen Beschädigungen zu vermeiden.
- Wie gehen wir mit dem Datenschutz um?
- Wie gewinnen wir die Wohnungsbaugesellschaften für unsere Anliegen?
- Wie verzahnen wir uns mit den Wohnungsbaugesellschaften?

Überlegungen aus Sicht von freien Trägern und Sozialarbeitern

Nicht alle Personen benötigen Betreuung. Bei gut gemachten Einfach-Wohnungen kann für einige die kostenintensive Betreuung entfallen und der Bremer Haushalt entlastet werden!

In den meisten Fällen wird jedoch weiterhin eine einzelfallorientierte, ambulante Unterstützung hilfreich und notwendig sein. Wohnungslosigkeit hat in der Regel komplexe und tiefere Ursachen:

- Verlust des Arbeitsplatzes
- familiärer Situation
- Krankheiten,
- gravierende biographische Brüche die zu psychischen Belastungen führen

Aktionsbündnisses Menschenrecht auf Wohnen

Vorstudien der AG Einfach Wohnen

zum Thema „Wohnungen und Würde für Wohnungslose“

17.08.2017

Was ist nun eine Wohnung im Sinne des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags?

Schauen wir doch einfach mal in den entsprechende Gesetzestext des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags (RBStV – ja, der RBStV ist in allen sechzehn Bundesländern ein Gesetz). Dort steht in Absatz 1 des „§ 3 Wohnung“

(1) Wohnung ist unabhängig von der Zahl der darin enthaltenen Räume jede ortsfeste, baulich abgeschlossene Raumeinheit, die

1. zum Wohnen oder Schlafen geeignet ist oder genutzt wird und
2. durch einen eigenen Eingang unmittelbar von einem Treppenhaus, einem Vorraum oder von außen, nicht ausschließlich über eine andere Wohnung, betreten werden kann.

Nicht ortsfeste Raumeinheiten gelten als Wohnung, wenn sie Wohnungen im Sinne des Melderechts sind. Nicht als Wohnung gelten Bauten nach § 3 des Bundeskleingartengesetzes.

Eine **Wohnung** (althochdeutsch *wonên*: „zufrieden sein“, „wohnen“, „sein“, „bleiben“) ist die Zusammenfassung einer Mehrheit von Räumen, die in ihrer Gesamtheit so beschaffen sein müssen, dass die Führung eines selbständigen Haushalts möglich ist. Die Zusammenfassung einer Mehrheit von Räumen muss eine von anderen Wohnungen oder Räumen, insbesondere Wohnräumen, baulich getrennte, in sich abgeschlossene Wohneinheit bilden und einen selbständigen Zugang haben. Außerdem ist erforderlich, dass die für die Führung eines selbständigen Haushalts notwendigen Nebenräume (Küche, Bad oder Dusche, Toilette) vorhanden sind. Die Wohnfläche muss mindestens 23 Quadratmeter (m²) betragen.^[1]

Im melderechtlichen Sinne zählt als Wohnung „jeder umschlossene Raum, der zum Wohnen oder Schlafen benutzt wird“^[2], gleichgültig, ob er in einem Wohn- oder einem Nichtwohngebäude liegt. Damit fallen auch möblierte Zimmer und überwiegend ortsfeste Wohnwagen unter den Wohnungsbegriff.^[3]

Quellen[[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

1. [Hochspringen](#) ↑ [§ 181 Abs. 9 BewG](#)
2. [Hochspringen](#) ↑ ([§ 20 Bundesmeldegesetz – BMG](#))
3. [Hochspringen](#) ↑ Alfons Gern:*Sächsisches Kommunalrecht*. 2. Auflage, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, 2000, [ISBN 3-406-45501-8](#), S. 232. So auch seine Kommentierung zu allen anderen Gemeindeordnungen.
4. [Hochspringen](#) ↑ [Verbraucherbroschüre „Nachhaltig Wohnen – Gut Leben“](#) (PDF-Datei; 5,1 MB) Abgerufen am 28. August 2012

Nutzung[[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]



Siedlung Am Sacksdamm

Die Wohnungen waren als Hilfs- oder Behelfswohnungen für eine befristete Nutzung von circa 25 Jahren vorgesehen, die spätestens mit einer verbesserten Wirtschaftslage enden würde. *„Durch weitgehende Einschränkung in den Aufschließungskosten und größte Sparsamkeit beim Bau (...) ist es gelungen, hygienisch durchaus einwandfreie Wohnung zu schaffen, die zu einem sehr mäßigen Mietpreis abgegeben werden können.“*^[2] Dieser lag bei 20 bis 30 Reichsmark monatlich für drei unterschiedliche Wohnungstypen zwischen 39 und 44 Quadratmetern. Vorgesehene Mieter waren wirtschaftlich schwächste, meist kinderreiche und obdachlos gewordene Familien^[2].

Heute sind die Bewohner vieler Schlichtwohnungen keine Mieter, sondern Nutzer nach OPR (Obdachlosenpolizeirecht). Die Adresse Am Sacksdamm ist daher auch mit Stigmatisierung verbunden, was andererseits zu einem starken Zusammenhalt unter den Bewohnern führte.^[3] Die Siedlung wurde von der Bremischen Baugesellschaft verwaltet, bis diese sie an einen privaten Investor [Vonovia](#) (ehemals: Vitus-Gruppe) verkaufte. Es ist geplant, die Siedlung abzureißen und Platz für Neubauten zu schaffen. Dagegen hat sich ein Bündnis aus Bewohnern und Sozialverbänden formiert.^[4]

Schlichthaus

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Wechseln zu: [Navigation](#), [Suche](#)

Schlichthaus oder **Schlichtwohnung** war in den frühen 1950er Jahren ein Wohnbaukonzept, bei dem die geltenden Ausstattungs- und Flächenstandards bewusst unterschritten wurden, um die kriegsbedingte Wohnungsnot und Obdachlosigkeit zu bewältigen.^[1] Der in Gesetzen oder Normen nie abschließend definierte Begriff bezeichnete "solche Wohnungen, die auf der Grenze zwischen Not- und Behelfswohnungen und normal ausgestatteten Wohnungen lagen".^[2] So wurde für Kleinhäuser in Schlichthausbauweise vorgegeben, dass sie auf einer Gesamtwohnfläche von maximal 65 Quadratmetern eine abgetrennte Einliegerwohnung von mindestens 28 Quadratmetern enthalten und Stellmöglichkeiten für zusammen sieben Betten bieten mussten.^[3] Schlichtwohnungen in Mietshäusern sollten nach einer Beschreibung des Instituts für Bauforschung "primitiv gestaltet" sein, auf einen Flur verzichten und den Hauptwohnraum direkt vom Treppenhaus erschließen. Für mehrere Wohnparteien sollte eine gemeinsame Toilette und eine gemeinsame Wasserzapfstelle vorgesehen werden.^[4]

Der Begriff der Schlichtwohnung oder Einfachwohnung war von Anfang an negativ belegt und wurde als Wohnform verstanden, die nur für sozial schwache Bevölkerungsschichten zumutbar war. Bundesbauminister [Eberhard Wildermuth](#) lobte deshalb bereits 1950 einen von ihm persönlich gestifteten Geldpreis in Höhe von 100 DM für einen "besseren und zutreffenderen" Namensvorschlag aus.^[5] Gewinner war der Vorschlag "Aufbauwohnung", auf den Plätzen zwei und drei folgten "Simplexwohnung" und "Sparwohnung".^[6] Diese Begriffe konnten sich jedoch nicht durchsetzen, während der Begriff Schlichthaus nach den 1950er Jahren als umgangssprachliche Bezeichnung für kommunale Notunterkünfte erhalten blieb.

Geschichte[[Bearbeiten](#) | [Quelltext bearbeiten](#)]

Das Gebiet des heutigen Kalkofens war schon früh besiedelt. Man fand dort Relikte aus der [jungsteinzeitlichen Bandkeramischen Kultur](#) (ca. 4500–1800 v. Chr.), die auf ein entwickeltes Bauerntum mit Acker- und Gartenbau, Pflanzennutzung und Viehwirtschaft hindeuten. Ebenso liegen auf dem betreffenden Areal mehrere keltische Grabhügel aus der [Hallstattzeit](#) (seit dem 8. Jahrhundert v. Chr.).

Kurz nach dem [Ersten Weltkrieg](#) entstand dort eine illegal erbaute Barackensiedlung, die in den 1950ern abgerissen wurde. Die Stadt Kaiserslautern errichtete dort dann mehrere Wohnblöcke mit sogenannten *Schlichtwohnungen*, die u. a. als Notunterkünfte für Obdachlose dienen sollten.

Im Jahr 2000 wurde die Hauptachse des Viertels von *Am Kalkofen* in *Geranienweg*, *Asternweg* und *Veilchenweg* umbenannt. Grund für diese Umbenennung war zum einen der Wunsch, die Bewohner des als sozialer Brennpunkt geltenden Quartiers, nicht schon durch die Nennung des einschlägig bekannten Straßennamens zu stigmatisieren, zum anderen die Forderung von Bewohnern der "besseren" Teile des Viertels, nicht unter dem schlechten Ruf des "schlechteren" zu leiden.

Heutige Situation [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Das Kerngebiet des Kalkofens im *Geranienweg* und im *Asternweg* ist noch heute durch die in den 1950er Jahren errichteten, in städtischem Besitz befindlichen Schlichtwohnungs-Blocks geprägt. Mehrere dieser Wohnblocks befinden sich noch heute im baulichen Zustand der Errichtungsjahre. Diese nichtsaniierten Wohnungen verfügen weder über Bäder noch über Warmwasseranschlüsse oder Heizungen. Eine Beheizung kann nur, sofern vorhanden, über Öfen erfolgen. Teilweise existieren auch noch Etagentoiletten. Für diese Schlichtwohnungen erhebt die Stadt Kaiserslautern keine Miete, sondern nur ein sog. *Nutzungsentgelt* von etwa 75 Euro je Monat.

Die Bewohner des Quartiers gehören primär der bildungsfernen, sozial schwachen Schicht an. Die Arbeitslosenquote im Kalkofen liegt deutlich über dem Durchschnitt, ebenso die Quote der Hartz IV- bzw. Grundsicherungsbezieher. Die Gegend gilt als Sozialer Brennpunkt.

Wir wollen: Wohnraum schaffen für Menschen in besonderen Lebenssituationen!!!!!!!!!!

Vertreibung von Obdachlosen bringt nichts, deswegen gibt es sie trotzdem – und sie haben auch Rechte! – besser gezielt Plätze schaffen wie z. B. in Vegesack

Schlichtwohnen ist nie wirtschaftlich – es ist eine gesellschaftliche Aufgabe.

- Flächen im B-Plan für Einfach Wohnen vorsehen!!!
- Wohnraum für Menschen in besonderen Lebenssituationen wie „Einfach Wohnen“ in Bayern
- Kostenorientierte Planung vom Städtebau bis ins bauliche Detail mit dem Ziel ein dauerhaftes Zuhause zum Wohlfühlen zu schaffen (Wohlfühlen und Zuhause schafft Ausgangspunkt für Start in geregeltes (Berufs-) Leben.)
- Wohnangebote an den Bedürfnissen von Einzelpersonen ausgerichtet – spart Kosten, da Betreuungsbedarf verringert oder aufgehoben.
 - Dach über dem Kopf – sprichwörtlich Platz zum Schlafen mit Dach an gesichertem Ort (Fläche, Dach, kleinteilig, Flaschensammelbehälter, Feuerstelle, abschließbares Schließfach für Schlafsack...)
- Kleine gut organisierte Wohnungen mit zusätzlichem gemeinschaftlichen nutzbaren Bereichen
- Individuelle, funktionale und attraktive Zuhause
- Kleinteilige Einheiten
- ---Hunde- erlauben
- Kein Flur putzen
- Wohnungen für Senioren und Menschen mit Körperbehinderung, Rollstuhlfahrer mit dem Bedarf entsprechenden altersgerechten Assistenzsystemen in Verbindung mit einem Träger, Soziales und Gesundheit
- Arbeitskreis Soziales, Bau Gesundheit...
- Alternative Angebote einer geschützten Übernachtung für Personen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in festen Gebäuden untergebracht werden wollen. Diese Angebote sollten gemeinsam mit vor Ort tätigen Straßensozialarbeitern, Teilen des Klientel und den Ressorts Bau und Soziales erarbeitet werden. (z.B. Personen die keinen Ausweis haben – den Sie in einer Notunterkunft vorzeigen müssten.)
- Nischenwohnraum, Parzellenwohnraum
- Angebote wie im „Open Hof, Groningen“
 - Arbeitsangebote die am gleichen Tag entlohnt werden
 - große zentrumsnahe Werkstätten
 - Man kann Stundenweise an den Maßnahmen teilnehmen
 - Gut: Leute von Straße geholt, Angebot gemacht für das was geht...
- Vier Wände gegen Überlassungsgebühr
- Gemeinnütziges Wohnprojekt um Schlichtwohnen zu realisieren:
 - Für Wohnungsbaugesellschaften ist Schlichtwohnen nicht wirtschaftlich. Sie stehen für allgemeines Wohnen, in angemessenem Standard. Betreutes Wohnen, bzw. Wohnen für Personen die Betreuungsbedarf haben, gehört nicht zu ihrem Arbeitsfeld.
- Der Standard ist an den Bedürfnissen zu orientieren! Daher auch Schlichtwohnungen und Einfachwohnungen erforderlich.
- Steuerersparnis durch Beteiligung an einem sozialen Projekt
 - Firmen werben für Projekt mit weniger Gewinnausschüttung um sich Gemeinnützigkeit auf die Fahne schreiben zu können.
- Möglichkeit für Menschen sich zu stabilisieren, dadurch dass sie ein Zuhause haben.
- Alternative Baugebiete für Bauwagen

- Für freies einfaches Wohnen
- Für z. B. Studenten und Obdachlose
- Übergangslösungen für ungenutzte Grundstücke
- Wichtig sind kleine Einheiten und keine Ghettos zu schaffen.

Einfach Wohnen bedeutet:

- Erschließung direkt von Außenraum in die einzelnen Wohnungen um die Privatsphäre und Selbständigkeit der einzelnen Bewohner zu schützen
- Betreuung über Concierge oder ambulanter Betreuer... ggf. eine zusätzliche Wohnung für einen ambulanten Betreuer / Hausmeister...?
- Gemeinschaftlich nutzbare Außen- und Innenräume
 - Mit Teeküche?
 - Versorgungsräume zum Waschen, Trocknen und Lagern
 - Fahrradabstellräume
- Fußläufige Erreichbarkeit bei gleichzeitiger Abgeschottetheit von
- Wertschätzende Gestaltung für die Bewohner als Zufluchtsort, vertrauensvolle Unterkunft und für einige Bewohner das erste „sichere“ Zuhause seit langem.
- Wichtig ist ein jederzeit gutes äußeres Erscheinungsbild um Akzeptanz in der Nachbarschaft zu finden.
- Rückzugsmöglichkeiten und Räume der Begegnung
- Belegungssteuerung und bei Bewährung die Chance einer Rückkehr in ein ordentlichen Wohn- /Mietverhältnis
- Ortsfester Einbau zerstörungsfreier Möbel
- Stecker....
- Entwicklung von Konzepten in engem Dialog mit den Verantwortlichen der Stadt
- Bedarfsgerechte professionell Dienstleistungen (keine Heimunterbringung)

Mögliche Kosteneinsparung durch:

- Eingefärbte Fließestriche als Fußbodenbelag für die ganze Wohnung
- Kurze Bauzeit durch
- Lage am Rande von Gewerbegebieten??
- Nutzung von Leerständen
- Kompakte Baukörper

- Verwendung von Fertigteilen oder vorgefertigten Modulen, vorgefertigte Sanitärbereiche
- Funktionen des Wohnbereich können in die überdachten und freien Außenbereiche verlagert werden
- Blockheizkraftwerk (bessere Werte für EneV)
- Dezentrale Belüftung (Schimmelvorbeugung) mit Wärmerückgewinnung
- Laubengänge anstelle von Treppenhäusern
- Einzimmerappartements 20qm, Doppelzimmerappartements ca. 40 qm
- Sanitärtrakte zentriere
- Gemeinschaftsküchen für manche Wohnanlagen
- Gespachtelte, gestrichene Wände,
- Fußbodenheizung für die leichter Möblierung und Reinigung
- Kein Windfang
- Fahrrad-Stellplätze
- Keine Unterkellerung, Plattengründung
- Reduzierte Anzahl der Stellplätze
- Autorfreie Zuwegung als halböffentliche Kommunikationswege

Standorte schaffen mit fürsorglicher Begleitung
Konfliktregulation

Personenkreis / Zielgruppe

- Wohnungslose
- Obdachlose
- Wohnen bei Freunden
- Nicht wohnfähige
- Nicht geschossfähige
- EU – Bürger ohne Ansprüche
- Frauen - Frauen suchen häufig nach privaten Wohnungen statt staatliche Hilfen in Anspruch zu nehmen, z. T. mit der Folge neuer Abhängigkeit
- Verdeckte Wohnungslosigkeit

Text und Gestaltung: AG „Einfach Wohnen“
15.02.2018

4. Taz, 11.01.2018 Ratsfrau über Wohnungen für Obdachlose

„Der Leistungsdruck muss weg“

Die Stadt Hannover plant ein Projekt, in dem Obdachlose einfach eine Wohnung bekommen. Mit „Housing First“ können sie ankommen, bevor sie ihre Probleme angehen.



Schlafplatz auf der Straße: Hier setzt das Prinzip „Housing First“ an Foto: dpa

taz: Frau Langensiepen, warum wollen Sie Obdachlosen einfach den Schlüssel für eine Wohnung in die Hand drücken?

Katrin Langensiepen: Warum nicht? Warum müssen sich obdachlose Menschen Wohnraum erst verdienen? Sie müssen erst trocken sein, belegen, dass sie mit Geld umgehen können, also die Miete zahlen und frei von Schulden sein. Da sind so viele Hürden oder Stufen, bis jemand wieder an einen privaten Wohnraum kommt. Ich finde, dass man ein Recht auf Wohnung haben sollte. Da brauchen wir einen Paradigmenwechsel.

Beim Prinzip „Housing First“, das Sie vertreten, müssen die Obdachlosen keinerlei Voraussetzungen erfüllen?

Nein. Das ist das Neue an Housing First. Erst mal kommen die Menschen runter von der Straße in ihre eigenen vier Wände, bekommen ihre Privatsphäre zurück und haben die Chance, sich wieder an das Wohnen und den Aufenthalt im geschlossenen Raum zu gewöhnen. Du musst nichts erfüllen, sondern darfst hier erst mal sein. Dabei braucht es auch keine Trennung zwischen Obdachlosen und Wohnungslosen. Die sollte man sowieso vollkommen streichen.

Wohnungslos bedeutet, dass man keine eigene Wohnung hat, sondern etwa bei Freunden unterkommt, und Obdachlosigkeit das Leben auf der Straße.

Genau. Wohnungslosigkeit ist aber kurz vor der Straße. Freunde nehmen einen nicht ewig auf und irgendwann sagt auch der Letzte, ich will jetzt auch mal etwas dafür haben, dass du hier lebst. Dann ist der letzte Schritt die Parkbank.

Erst mal 'ne Wohnung

Housing First ist der sozialpolitische Ansatz, Obdachlosen ohne Voraussetzungen eine Wohnung zur Verfügung zu stellen.

Bisher kommen Obdachlose in Notunterkünften unter und müssen sich erst für eine Wohnung qualifizieren.

Gestartet wurde das Projekt in den 90er-Jahren in New York. Heute ist es in Städten wie Amsterdam oder Wien angekommen.

Studien aus den Städten belegen, dass die untergebrachten Menschen meist noch Jahre später in den Wohnungen leben.

In Kiel hat das Straßenmagazin *Hempels* ein Mehrfamilienhaus gekauft, um wohnungslose Menschen unterzubringen. Die Kosten von 370.000 Euro kamen über Spenden zusammen.

Und bei Housing First würden auch diese Menschen gleich eine Wohnung bekommen, damit sie gar nicht erst auf die Straße müssen?

Das ist das oberste Gebot, dass die Menschen gar nicht erst auf die Straße geraten. Erst ein Dach über dem Kopf und dann schaut man, wie man die Alkohol- oder Schuldenproblematik lösen kann. Man muss dann keine Angst haben, weil man sein Zimmer mit vielen anderen teilen muss. Einige trauen sich nicht in die Notunterkünfte, weil Alkohol und Gewalt an der Tagesordnung sind. Gerade Frauen wollen da nicht hin.

Wie kommen Obdachlose denn momentan in Hannover von der Straße in eine Wohnung?

Laut dem niedersächsischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist das Wohnungsamt verpflichtet, jedem ein Obdach zu geben. Also wenn jemandem die Bude abfackelt, muss die Stadt ihm ein Dach über dem Kopf geben. Dafür gibt es die Notunterkünfte, in die man in der Nacht gehen kann. Aber am nächsten Tag muss man auch wieder raus. An eine Wohnung zu kommen, ist in Hannover schwierig, weil es zu wenige gibt.

Warum? Wir sind in den vergangenen Jahren davon ausgegangen, dass die Bevölkerungszahl sinkt. Stattdessen steigt sie aber und wir haben einen vehementen Druck auf dem Wohnungsmarkt.

Für Housing First brauchen Sie viele Wohnungen. Wo sollen die herkommen?

Es ist unrealistisch zu sagen, wir brauchen morgen soundso viele Sozialwohnungen. Das werden wir auf die Schnelle nicht hinkriegen, aber man kann zum Beispiel gucken, wie es in Köln funktioniert mit dem Hotel Plus.

im Interview:

Katrin Langensiepen



Foto: Sven Brauers

38, ist seit 2011 sozialpolitische Sprecherin für die Grünen im Rat der Stadt Hannover. Außerdem arbeitet sie als persönliche Mitarbeiterin für einen Landtagsabgeordneten.

Was wird da gemacht?

In Köln hat man obdachlosen Menschen mit psychischen Erkrankungen nach dem Housing-First-Prinzip ermöglicht, eine Wohnung in einem umgebauten Hotel zu bekommen.

Wäre es nicht sinnvoller, die Obdachlosen gleich dezentral unterzubringen? Sonst ähnelt es einer Notunterkunft.

Wir wollen keine Massenunterkünfte, sondern eine niedrige Zahl von Menschen pro Einheit, die tatsächlich eigene vier Wände bekommen.

Haben Sie in Hannover schon Gebäude im Auge?

Nein. Es werden zwei neue Obdachlosenunterkünfte gebaut. Es könnte sein, dass da eine Möglichkeit besteht, das zu integrieren. In unserem Antrag fordern wir jetzt erst einmal die Verwaltung dazu auf, bis zum Sommer einen Vorschlag für ein Pilotprojekt zu erstellen.

Wer soll die Wohnungen bezahlen? Ist das nicht teurer als die bisherige Lösung?

Die Städte in den USA oder Kanada, die das schon ausprobiert haben, sagen, dass es nicht zwingend teurer ist. Wichtig ist aber vor allem, dass Housing First funktioniert. Die Erfahrungen zeigen, dass in den Städten, die das ausprobieren, weniger Menschen auf der Straße leben. Dazu kommt die Nachhaltigkeit: Die Menschen landen nach sechs Monaten oder einem Jahr eben nicht wieder auf der Straße.

Viele Obdachlose sind zuvor mit den Verpflichtungen einer Mietwohnung nicht zurecht gekommen. Wie wollen Sie die Menschen unterstützen?

Housing First bedeutet auch, dass man Hilfen in Anspruch nehmen kann. Ich denke dabei zum Beispiel an die Soziale Wohnraumhilfe in Hannover, die begleitetes Wohnen anbietet. Natürlich brauchen wir Sozialarbeiter, die die Menschen begleiten, damit sie eben nicht wieder aus der Wohnung fliegen. Dieses Netzwerk haben wir in Hannover.

Haben die Obdachlosen in den neuen Wohnungen dann lebenslanges Wohnrecht oder gibt es doch eine Frist?

Natürlich kann derjenige da wohnen bleiben. Das ist sein Umfeld. Wenn jemand stabilisiert ist, kann er sich aber auch eine andere Wohnung suchen. Housing First ist ein Übergang zwischen Notunterkunft und eigener Wohnung, ein erster Anker. Trotzdem wird es immer Beispiele geben, wo Menschen zurück auf die Straße gehen. Das müssen wir akzeptieren.

Braucht die Stadt keine Notunterkünfte mehr, wenn Housing First kommt?

Doch. Wenn jemandem morgen die Wohnung abbrennt, muss derjenige ja schnell eine Unterkunft haben. Außerdem brauchen wir Flexibilität, um zum Beispiel Zuwanderern aus Osteuropa ein Bett zu geben.

Wie geht es in Hannover jetzt konkret weiter?

Unseren Antrag von SPD, FDP und Grünen werden wir am 15. Januar hoffentlich beschließen. Dann soll uns die Verwaltung Vorschläge machen. Wichtig ist mir, dass wir uns auf den Weg machen. Dieses Prinzip „Du musst erst mal schön brav und leistungskonform sein, bevor du an das hohe Gut einer Wohnung kommst“ finde ich schon sehr arrogant. Der Leistungsdruck muss weg.

Link zur Broschüre **Einfach Wohnen** der obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr „Wohnraum schaffen für Menschen in besonderen Lebenssituationen“:

http://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/buw/wohnen/broschuere_einfach_wohnen.pdf